

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Deutsch-Ukrainischer
Agrarpolitischer Dialog

Ausgabe 11/2022

MONITORING der Agrargesetzgebung in der Ukraine

Monat Oktober 2022

1. Allgemeine Agrargesetzgebung (APD)

Gesetze und andere Rechtsakte, die im Oktober 2022 verabschiedet wurden bzw. in Kraft getreten sind

Gesetzesentwürfe, die im Oktober 2022 in die Werchowna Rada der Ukraine eingebracht wurden

2. Gesetzgebung zur Bodenpolitik (Fachdialog Boden)

Verabschiedung, Unterzeichnung und Inkrafttreten bodenre- levanter Gesetze

Bodengesetzgebungsprozesse

Sonstige Aktivitäten im Bereich der Bodenverhältnisse

Die Serie „Monitoring der Agrargesetzgebung in der Ukraine“ gibt einen Überblick über Gesetze und Gesetzesentwürfe der Werchowna Rada <http://portal.rada.gov.ua/>, die von Bedeutung für die nachhaltige Entwicklung des Agrarsektors (insbesondere Landwirtschaft und Ernährungsindustrie) sind.

Die hier bereitgestellten Informationen und Wertungen können nicht als Rechtsberatung betrachtet werden. Der APD und der Fachdialog Boden übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit der Aussagen.

Durchgeführt von



Projektpartner



Durchführer Fachdialog Boden



1. Allgemeine Agrargesetzgebung (APD)

Gesetze und andere Rechtsakte, die im Oktober 2022 verabschiedet wurden bzw. in Kraft getreten sind

Wiederherstellung des Pachtrechtssystems

Gesetz der Ukraine „Über Änderungen einiger Gesetze der Ukraine über das Pachtrecht und den Bodenschutz“ Nr. 2698-IX vom 19.10.2022. Das Gesetz wurde am 19.10.2022 durch die Werchowna Rada der Ukraine verabschiedet und dem Präsidenten der Ukraine zur Unterzeichnung übergeben.

Das Gesetz sieht eine Rückkehr zum System der Registrierung von Pachtrechten für landwirtschaftliche Grundstücke vor, welches vor der Einführung des Kriegsrechts bestand. Durch das Gesetz wird bestimmt:

- die Wiederherstellung von Landauktionen für die Überführung von staatlichen und kommunalen landwirtschaftlichen Grundstücken in die Nutzung;
- die Beendigung der automatischen Verlängerung von Verträgen, welche nach der Einführung des Kriegsrechts ausgelaufen sind;
- die Erneuerung der Eintragung von Grundpachtrechten in das Staatliche Register für Immobilienrechte;
- die Aufnahme von Informationen über die Bonität und Qualitätsmerkmale von Böden, Maßnahmen zum Bodenschutz in das Staatliche Landkataster;
- das Recht zur Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von Biomethan auf landwirtschaftlichen Grundstücken, die Bestandteile von Komplexen zur Erzeugung, Verarbeitung und Lagerung landwirtschaftlicher Produkte sind.

Neue stellv. Ministerin für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine

Verordnung des Ministerkabinetts der Ukraine „Über die Ernennung von Ljudmyla Schemelynets zur stellv. Ministerin für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine“ Nr. 911 vom 14.10.2022.

Mit dieser Verordnung wird Frau Ljudmyla Schemelynets zur stellv. Ministerin für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine ernannt.

Entwicklung der Marikultur

Verordnung des Ministerkabinetts der Ukraine „Einige Fragen der Umsetzung des Projekts zur Durchführung von Auktionen für den Verkauf des Rechts zum Abschluss von Pachtverträgen für das Wassergebiet (Wasserraum) von Binnenmeeresgewässern“ Nr. 191 vom 14.10.2022. Die Verordnung tritt am 25.10.2022 in Kraft.

Mit der Verordnung wird ein transparenter und klarer Mechanismus für den Abschluss von Verträgen über die Verpachtung von Meeresgewässern der Ukraine für die Marikultur durch Auktionen geschaffen. Gleichzeitig wird den Teilnehmenden an solchen elektronischen Auktionen eine Grundforderung auferlegt: die Erhaltung der angemieteten Wasserflächen in einem optimalen ökologischen, sanitären und wasserwirtschaftlichen Zustand. Das Projekt wird innerhalb von 2 Jahren nach Inkrafttreten dieser Verordnung durchgeführt.

Gesetzesentwürfe, die im Oktober 2022 in die Werchowna Rada der Ukraine eingebracht wurden

Kontrolle über Lebensmittelzusatzstoffe

Gesetzesentwurf „Über Änderungen einiger Gesetze der Ukraine über die Lebensmittelzusatzstoffe“ Nr. 8113 vom 06.10.2022, zur Beratung in der Werchowna Rada eingereicht (eingetragen von S.W. Kusminykh, J.I. Saslawskyj u.a. (Partei „Diener des Volkes“)).

Mit dem Gesetzesentwurf wird beabsichtigt, eine Kontrolle über verwandte Arzneimittel einzuführen: Nahrungsergänzungsmittel, Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke, Lebensmittel zur Gewichtskontrolle etc. Die entsprechenden Befugnisse werden dem Staatlichen Dienst der Ukraine für Arzneimittel und Drogenkontrolle übergeben.

Investitionen in die Fischzucht

Gesetzesentwurf „Über die Anwerbung von Investitionen in die Entwicklung der Fischindustrie“ Nr. 8119 vom 10.10.2022, zur Beratung in der Werchowna Rada eingereicht (eingetragen von O.W. Haidu, A.O. Tschornomorov u.a. (Parteien „Diener des Volkes“, „Für die Zukunft“, „Batkywschtschyna“)).

Der Gesetzesentwurf legt die rechtlichen und organisatorischen Grundsätze für die Anwerbung von Invest-

titionen in die Entwicklung des Fischereisektors fest. Dazu wird vorgeschlagen:

- eine klare Definition von Investitionszielen für die Entwicklung der Aquakultur:
 - Teile von Fischereigewässern,
 - Wasserfläche von Binnengewässern, Küstensee,
 - Wassergebiete der (Meeres-) Wirtschaftszone der Ukraine,
 - Küstenschutzstreifen, die dem Investor zur Miete zur Verfügung gestellt werden;
- klare Definition von Objekten, um Investitionen für die Fischereinutzung von Wasserobjekten zu ermöglichen;
- Genehmigung der Listen für Investitionen durch das Ministerium für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine (MAPE) auf Vorlage der Staatlichen Fischereiagentur;
- Entwicklung einer wissenschaftlichen und biologischen Begründung für jedes Objekt;
- Gewinnung von Investitionen durch Auktionen in einem zweistufigen elektronischen Handelssystem;
- Kontrolle über die Umsetzung von Investitionsverträgen und obligatorische Berichterstattung durch Investoren.

Verantwortung für die Ausstellung internationaler Zertifikate für Lebensmittel

Gesetzesentwurf „Über Änderungen einiger Gesetze der Ukraine über die staatliche Regulierung in den Bereichen der Gewährleistung der Sicherheit und bestimmter Qualitätsindikatoren von Lebensmitteln, Veterinärmedizin und Tierschutz“ Nr. 8145 vom 21.10.2022, zur Beratung in der Werchowna Rada eingereicht (eingetragen von M.W. Nikitina, I.A. Tschaikiwski u.a. (Parteien „Diener des Volkes“, „Für die Zukunft“)).

Mit dem Gesetzesentwurf wird das MAPE mit folgenden Befugnissen beauftragt:

- die Ausarbeitung des Verfahrens zur Ausstellung internationaler Zertifikate für Exporte von Lebensmitteln und daraus abgeleiteter Verordnungen;
- die Genehmigung des Verfahrens zur Ausstellung relevanter Veterinärdokumente;

- die Genehmigung hygienischer Anforderungen für verschiedene Lebensmittelkategorien.

Änderungen in der Gesetzgebung zur Lebensmittelsicherheit

Gesetzesentwurf „Über Änderungen einiger Gesetze der Ukraine über Lebensmittel, Veterinärmedizin und Tierschutz“ Nr. 8150 vom 24.10.2022, zur Beratung in der Werchowna Rada eingereicht (eingetragen von O.W. Haidu, O.W. Salijtschuk u.a. (Parteien „Diener des Volkes“, „Für die Zukunft“, „Batkywschtschyna“)).

Der Gesetzesentwurf wurde bzgl. der Anpassung der geltenden Rechtsvorschriften in den Bereichen Sicherheit und Qualität von Lebensmitteln, Futtermitteln, Gesundheit und Tierschutz an die Rechtsvorschriften der EU erarbeitet. Dafür wird vorgeschlagen:

- Definition der Begriffe „handwerkliches Lebensmittelprodukt“, „tiefgefrorenes Lebensmittelprodukt“, „Los“, „neuestes Lebensmittelprodukt“;
- Festlegung von besonderen Bedingungen zur Kennzeichnung und zum Vertrieb derartiger Lebensmittel;
- Haftungseinführung für Verstöße gegen diese Anforderungen;
- Einführung internationaler Standards ISO/TS 19657:2017 für Kriterien, auf deren Basis Lebensmittelzutaten als natürlich eingestuft werden können;
- Einführung internationaler Standards ISO 23662:2021 für Lebensmittel und Lebensmittelzutaten, die für Vegetarier oder Veganer geeignet sind;
- Einrichtung folgender Register:
 - Staatliches Register für Lebensmittelzusatzstoffe, Lebensmittelaromen und Lebensmittelenzyme;
 - Staatliches Register für neueste Lebensmittelprodukte;
 - Staatliches Register für Ansprüche über das Nutzen für die Gesundheit;
- Anerkennung von in der EU registrierten Futtermittelzusatzstoffen, ohne staatliche Registrierung in der Ukraine.

Vereine von Agrarproduktionsbetrieben

Gesetzesentwurf „Über Vereine von Agrarproduktionsbetrieben“ Nr. 8149 vom 24.10.2022, zur Beratung in der Werchowna Rada eingereicht (eingetragen von O.W. Haidu, O.W. Salijtschuk u.a. (Parteien „Diener des Volkes“, „Für die Zukunft“, „Batkyschtschyna“)).

Der Gesetzesentwurf wurde entwickelt, um die europäischen Integrationsverpflichtungen der Ukraine zu erfüllen. Die Kernpunkte sind:

- Rechtsstellung von Vereinen von Agrarproduktionsbetrieben (im Folgenden „Vereine“ genannt), ihre Ziele und Tätigkeitsgrundsätze;
- Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen den Vereinen und staatlichen Behörden;
- Verfügbarkeit und Bekanntmachung von Informationen über die Aktivitäten von Vereinen durch Führung des entsprechenden staatlichen Registers, welches Teil des Staatlichen Agrarregisters ist;
- Anforderungen und Verfahren für die Anerkennung des Status eines repräsentativen Vereins;
- Besonderheiten der staatlichen Aufsicht von Vereinen;
- internationale Zusammenarbeit im Hinblick auf die Teilnahme an internationalen Produzentenorganisationen.

Autoren, Redaktion und Kontakt:

Allgemeine Agrargesetzgebung (APD)

Erarbeitung im Entwurf: Kateryna Lelet

Monitoring und Redaktion der ukrainischen Ausgabe: Mariya Yaroshko – Deutsch-Ukrainischer Agrarpolitischer Dialog (APD)

Redaktion der deutschen Ausgabe: Syman Jurk – IAK AGRAR CONSULTING GMBH (Durchführer des APD-Ukraine)

Tel. +38 066 598 14 40

info@apd-ukraine.de

www.apd-ukraine.de



2. Gesetzgebung zur Bodenpolitik (Fachdialog Boden)

Verabschiedung, Unterzeichnung und Inkrafttreten bodenrelevanter Gesetze

Am 19.10.2022 verabschiedete das ukrainische Parlament das Gesetz der Ukraine „Über die Änderung einiger Gesetze der Ukraine zur Wiederaufnahme der Registrierung der Pachtrechte an landwirtschaftlich genutzten Grundstücken sowie zur Verbesserung der Gesetzgebung über den Bodenschutz“ (Reg.-Nr. 7636)

Der Link zum Gesetzentschluss: http://w1.c1.rada.gov.ua/pls/zweb2/webproc4_1?pf3511=74684

Kommentar: die Berichte für Juli-August und September 2022 enthalten die Analyse des Gesetzesentwurfes.

Bodengesetzgebungsprozesse

Im Berichtszeitraum wurden keine bodenrelevanten Gesetzesentwürfe im Parlament registriert.

Sonstige Aktivitäten im Bereich der Bodenverhältnisse

Am 21. Oktober wurden neue Funktionen in die Software des Staatlichen Grundkatasters hinzugefügt: automatische Erstellung der Auszüge aus technischen Dokumenten zur monetären normativen Bodenbewertung in Wohnsiedlungen.

Kommentar: Die Einführung neuer Funktionen wird positiv eingeschätzt. Heute funktioniert automatische Erstellung und Übersendung der Auszüge aus technischen Dokumenten über die nationale (ukrainische) monetäre normative Bodenbewertung für landwirtschaftliche Nutzflächen, die außerhalb der Wohnsiedlungen liegen. Die Implementierung solcher Funktionen für die Grundstücke innerhalb der Wohnsiedlungen bringt Nutzen für Subjekte der Bodenverhältnisse.

Kommentierte Darstellung der wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes der Ukraine „Über die Grundsätze der staatlichen Antikorrupti-

„Bodenpolitik für 2021-2025“ im Bereich der Bodenverhältnisse

Die Bestimmungen mit Bezug auf Bodenverhältnisse sind in der mit dem oben erwähnten Gesetz der Ukraine gebilligten Antikorruptionsstrategie für 2021-2025 dargelegt (nachfolgend – Antikorruptionsstrategie).

Im Punkt 3.5.1 der Antikorruptionsstrategie wird als Problem Folgendes bezeichnet: „Nichtöffentlichkeit der Informationen im Bereich des Städtebaus und der Bodenordnung bedingt Korruption und Möglichkeit, gesetzwidrige Bauarbeiten durchzuführen.“ In den erwarteten Ergebnissen der Strategie wird u.a. Folgendes angeführt:

- die Implementierung eines einheitlichen Städtebaulichen Katasters, der als eine Plattform für die Erbringung aller administrativen Dienstleistungen im Bereich des Städtebaus und als eine öffentliche Quelle der städtebaulichen Informationen dient. Städtebauliche Dokumente sollen ab dem Moment ihrer Eintragung in den Städtebaulichen Kataster und der Zuordnung des räumlichen Indexes in Kraft treten.

Kommentar: diese Bestimmungen werden unterstützt. Heute gibt es keine einheitliche Datenbank des Städtebaulichen Katasters, die im Rahmen des ganzen Staates funktionieren würde. Gleichzeitig gibt es eine große Anzahl städtebaulicher Kataster, die auf kommunaler Ebene funktionieren. Dies verursacht wesentliche Schwierigkeiten für natürliche und juristische Personen, Informationen über die Anforderungen der städtebaulichen Dokumente zu erhalten. Solche Informationen werden oft manuell erteilt, was mit entsprechenden Korruptionsrisiken verbunden ist.

- Die städtebaulichen Vorschriften und Einschränkungen werden mit der Software des Städtebaulichen Katasters als ein Auszug aus dem detaillierten Raumplan mit der Anführung festgelegter Einschränkungen (nach der Billigung detaillierter Raumpläne, die Informationen über städtebauliche Vorschriften und Einschränkungen für jedes Grundstück enthalten) oder aus dem Generalplan einer Gemeinde (wenn kein detaillierter Raumplan vorhanden ist und wenn automatische Erstellung der Informationen über städtebauliche Vorschriften und Einschränkungen für jedes Grundstück aus gültigen Generalplänen möglich ist) generiert.

Kommentar: diese Bestimmungen werden unterstützt. Heute werden städtebauliche Vorschriften und Einschränkungen mit Angaben, was man genau auf jeweiligem Grundstück unter Berücksichtigung städtebaulicher Dokumente bauen darf und welche Anforderungen an den Bau so eines Objektes gestellt werden, als ein politisches Dokument genutzt, das bestimmte Bauarbeiten erlaubt oder verbietet. Dieses Problem soll mit der Einführung der elektronischen Generierung städtebaulicher Vorschriften und Einschränkungen mit Anforderungen an den Bau so eines Objektes gelöst werden.

Im Punkt 3.5.2 der Antikorruptionsstrategie wird als Problem Folgendes bezeichnet: „Das Fehlen öffentlicher Informationen über Objekte des Kulturerbes und rechtliche Kollisionen im Bereich des Städtebaus und Denkmalschutzes führen zu Missbräuchen und zum Überbau der Denkmäler“. In den erwarteten Ergebnissen der Strategie wird u.a. Folgendes angeführt:

- Durchführung einer Inventur von Objekten des Kulturerbes, die eine Aktualisierung der Liste der historischen Wohnsiedlungen ermöglicht; Gewährleistung der Auffüllung und Publizität des elektronischen Registers von Objekten des Kulturerbes.

Kommentar: diese Bestimmung ist sehr aktuell. Das Fehlen aktueller Informationen über Denkmäler und die damit verbundenen Einschränkungen für die Nutzung der Grundstücke führen zu erheblichen Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Dokumente im Bereich der Bodenordnung und des Städtebaus. Die Inventur solcher Objekte und der elektronische Zugriff zu solchen Dokumenten sollen diese Situation verbessern.

Im Punkt 3.5.4 der Antikorruptionsstrategie wird als Problem Folgendes bezeichnet: „das Verfahren der Ausgestaltung der Grundstücke ist erschwert und wird mit Entscheidungen nach eigenem Ermessen begleitet“. In den erwarteten Ergebnissen der Strategie wird u.a. Folgendes angeführt:

- das Verfahren der Ausgestaltung der Grundstücke soll neu behandelt und vereinfacht werden (die Anzahl der administrativen Schritte wurde reduziert).

Kommentar: diese Bestimmungen sind schwer einzuschätzen, weil sich aus ihnen nicht ergibt, wie genau das Verfahren der Ausgestaltung der Grundstücke vereinfacht werden soll. Heute ist das administrative Verfahren der Ausgestaltung der Grundstücke auf

staatlichen und kommunalen Flächen (und genau diese Grundstücke werden wahrscheinlich gemeint) nicht zu schwierig. Das Hauptproblem in diesem Prozess ist Missbräuche der Behörden, die Informationen für die Ausgestaltung solcher Grundstücke (u.a. Informationen über Einschränkungen der Bodennutzung) bereitstellen oder solche Dokumente billigen (es bezieht sich v.a. auf lokale Selbstverwaltung, die ihre Beschlüsse kollegial fasst und sich nach politischen Motiven leiten lässt). In der Strategie werden aber keine effizienten Schritte zur Lösung dieses Problems genannt.

- Änderungen der bodenrelevanten Gesetze, die ein umfassendes elektronisches Verfahren der Ausgestaltung der Grundstücke vorsehen, Inbetriebnahme der Software für die Ausgestaltung der Grundstücke, Erstellung der bodenrechtlichen und technischen Dokumente zur Bodenbewertung in ausschließlich elektronischer Form (ohne Papierdokumente).

Kommentar: diese Bestimmungen werden unterstützt. Gleichzeitig kann die erwähnte Aufgabe nur dann erfüllt werden, wenn der freie Zugriff zu Informationen über gebilligte städtebauliche Dokumente gewährleistet wird und wenn die Einschränkungen in der Bodennutzung elektronisch erfasst werden.

- die Durchführung der Inventur der Grundstücke im staatlichen und kommunalen Eigentum, der landwirtschaftlich genutzten Grundstücke im staatlichen und kommunalen Eigentum und die Eintragung der im Laufe der Inventur erfassten Angaben über solche Grundstücke in den Staatlichen Grundkatas-ter.

Kommentar: diese Bestimmung wird unterstützt. Die Auffüllung des Staatlichen Grundkatas-ters ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Bekämpfung der Korruption in den Bodenverhältnissen.

Im Punkt 3.5.5 der Antikorruptionsstrategie wird als Problem Folgendes bezeichnet: „das Verfahren der Grundsteuererhebung und der Verpachtung staatlicher und kommunaler Flächen enthält Korruptionsrisiken, die durch Möglichkeit bedingt sind, diese in die Nutzung zu einem niedrigeren Preis im Vergleich zum Marktpreis zu übergeben. In den erwarteten Ergebnissen der Strategie wird u.a. Folgendes angeführt:

- Implementierung eines Pilotprojektes zur Ermittlung der Höhe der Grundsteuer auf Grundlage der Ergebnisse der Massenbewer-

tung unter Berücksichtigung der internationalen Standards in der Vermögensbewertung für die Besteuerung.

Kommentar: diese Bestimmung wird unterstützt. Die normative monetäre Bodenbewertung, die als Besteuerungsgrundlage dient und reale Preise des Immobilienmarktes nicht berücksichtigt, führt zu erheblichen Missverhältnissen bei der Festlegung der Steuerverpflichtungen.

- Änderungen des Steuergesetzbuches der Ukraine und des Gesetzes der Ukraine über Bodenbewertung bezüglich der Festlegung der Pachtpreise für staatliche und kommunale Grundstücke auf Grund marktüblicher Preise.

Kommentar: diese Bestimmung wird unterstützt. Sie zielt darauf, die Fälle zu verunmöglichen, wenn die Pachtpreise unter- oder überwertet werden.

Im Punkt 3.5.6 der der Antikorruptionsstrategie wird als Problem Folgendes bezeichnet: „das kostenlose Verfahren der Umwidmung der Grundstücke fördert die Korruption bei entsprechenden Entscheidungen“. In den erwarteten Ergebnissen der Strategie wird u.a. Folgendes angeführt:

- Einführung der Motivationsmechanismen für lokale Behörden, Planungsdokumente für das ganze Territorium ihrer Gemeinden (sowohl innerhalb als auch außerhalb der Wohnsiedlungen) zu entwickeln und zu billigen.

Kommentar: diese Bestimmung wird unterstützt. Gleichzeitig ist es zu betonen, dass heute das Problem der kostenlosen Umwidmung eines landwirtschaftlich genutzten Grundstückes damit vertieft wird, dass mit dem Gesetz der Ukraine „Über die Änderung einiger Gesetze der Ukraine zur Wiederaufnahme der Registrierung der Pachtrechte an landwirtschaftlich genutzten Grundstücken sowie zur Verbesserung der Gesetzgebung über den Bodenschutz“ die notwendige Abfindung der Verluste der Landwirtschaft abgeschafft wurde.

Im Punkt 3.5.7 der Antikorruptionsstrategie wird als Problem Folgendes bezeichnet: „es fehlt ein Verfahren für den Verkauf der Grundstücke im staatlichen und kommunalen Eigentum und entsprechender Rechte (Pacht, Erbbaurecht, Erbpacht) über elektronische Versteigerungen unter Umständen des freien Verkehrs der landwirtschaftlich genutzten Flächen“. In den erwarteten Ergebnissen der Strategie wird u.a. Folgendes angeführt:

- Änderungen der bodenrelevanten Gesetze, die transparente Mechanismen bei dem Verkauf staatlicher und kommunaler Grundstücke oder entsprechender Rechte über elektronische Versteigerungen vorsehen.

Kommentar: diese Bestimmung ist nicht korrekt formuliert. Ein detailliertes Verfahren für den Verkauf staatlicher und kommunaler Grundstücke über elektronische Versteigerungen ist mit dem Bodengesetzbuch der Ukraine festgelegt. Wahrscheinlich geht es dabei um ein Verbot, landwirtschaftlich genutzte Flächen im staatlichen und kommunalen Eigentum zu verkaufen. Dieses Verbot ist wirklich unbegründet, und es wäre sinnvoll, dieses mit der Zeit abzuschaffen.

Im Punkt 3.5.8 der Antikorruptionsstrategie wird als Problem Folgendes bezeichnet: „kostenlose Privatisierung staatlicher und kommunaler Grundstücke dient als eine Korruptionsquelle in den Bodenverhältnissen“. In den erwarteten Ergebnissen der Strategie wird u.a. Folgendes angeführt:

- Änderung der bodenrelevanten Gesetze, die eine Transformation der kostenlosen Privatisierung der Grundstücke in eine andere Form der sozialen Unterstützung der Bevölkerung beinhalten (mit Aufrechterhaltung des Rechtes auf kostenlose Privatisierung der Grundstücke, die in die Nutzung der Bürger vor 2002 übergeben wurden).

Kommentar: diese Bestimmung wird unterstützt. Die kostenlose Privatisierung der Grundstücke ist eine der größten Korruptionsquellen in den Bodenverhältnissen der Ukraine.

Im Punkt 3.5.9 der Antikorruptionsstrategie wird als Problem Folgendes bezeichnet: „die überhöhte Konzentration der Aufgaben in einer zentralen Behörde, die staatliche Politik im Bereich der Bodenverhältnisse umsetzt, verursacht eine Interessenkollision und massenhafte Missbräuche“. In den erwarteten Ergebnissen der Strategie wird u.a. Folgendes angeführt:

- Aufteilung der Aufgaben des Staatlichen Grundkatasters der Ukraine zur Verfügung über staatliche Flächen unter einzelnen Behörden, Kontrolle über Bodennutzung und Bodenschutz, Regelung der Bodenordnung, Führung des Staatlichen Grundkatasters.

Kommentar: diese Bestimmungen werden unterstützt, aber nur im Teil der Abschaffung der Aufgaben

des Staatlichen Grundkatasters in Bezug auf die Verfügung über landwirtschaftlich genutzten Flächen im staatlichen Eigentum. Die Aufgaben zur Regelung der Bodenordnung und zur Führung des Staatlichen Grundkatasters sollen einer Behörde zugeordnet werden, weil der Staatliche Grundkataster genau mit Dokumenten der Bodenordnung aufgefüllt wird. Was die Aufgaben zur Kontrolle über die Bodennutzung und den Bodenschutz angeht, wurde ihr erheblicher Anteil schon an die Kommunen übertragen.

Im Punkt 3.6.1 der Antikorruptionsstrategie wird als Problem Folgendes bezeichnet: „nicht transparente und nicht effiziente Nutzung und Verfügung über Verteidigungsflächen“. In den erwarteten Ergebnissen der Strategie wird u.a. Folgendes angeführt:

- Eintragung aller Angaben einer vollständigen Inventur der Verteidigungsobjekte, darunter auch der Angaben über Verteidigungsflächen und Flächen der Subjekte der Rüstungsindustrie in ein elektronisches Erfassungssystem;
- Gewährleistung staatlicher Eintragung der Sachenrechte auf Immobilien der Subjekte der Rüstungsindustrie (mit der Eintragung der Angaben über Grundstücke in eine spezielle Informationsschicht der Öffentlichen Katasterkarte);

Kommentar: diese Bestimmung wird unterstützt. Das Fehlen der Angaben über Verteidigungsflächen im Staatlichen Grundkataster und im Staatlichen Register der Sachrechte auf Immobilien verursacht viele Korruptionsfälle.

Autoren, Redaktion und Kontakt:

Gesetzgebung zur Bodenpolitik (Fachdialog Boden)

Monitoring und Erarbeitung: Serhij Bilenko

Redaktion der deutschen Ausgabe: Katja Dells,
Audrius Paura

Deutsch-Ukrainischer Agrarpolitischer Dialog
(Fachdialog Boden)

+49 30 4432 1094

consulting@bvvg.de

<https://zem.ua/rizne/zakonodavstvo>